

Rede im Deutschen Bundestag

Gudrun Kopp, MdB

16. Oktober 2008

<TOP 4>

Beratung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Energiekosten sozial ausrichten - Sozialtarife einführen, wirksame Strompreisaufsicht schaffen, Energiesparen ermöglichen

- Auszug aus dem Plenarprotokoll -

Frau Präsidentin!

Meine sehr geehrten Herren und Damen!

Gudrun Kopp (FDP):

Auch angesichts der Finanzmarktkrise kommen wir am heutigen Tage zu anderen politischen Problemfällen. Die hohen Energiepreise sind natürlich ein Dauerproblem, dessen Lösung wir seit vielen Monaten vor uns herschieben. Viele Bürger und Bürgerinnen draußen im Lande wissen nicht mehr, wie sie ihre Stromrechnung bezahlen sollen. Es ist völlig klar, dass es hier zu einer Entlastung kommen muss. Wir Liberale sehen dafür völlig andere Instrumente vor als Sie, Herr Hill, von den Linken und als die Grünen, die heute hierzu ebenfalls einen Antrag vorgelegt haben. Wir haben bereits vor einigen Wochen unsere Vorstellung von einer Entlastung der Bürger eingebracht; darauf komme ich gleich zu sprechen. Wenn beide Fraktionen, die eben von mir genannt wurden, einen Energiesparfonds einfordern – die eine politische Grup-

pierung in Höhe von 1,5 Milliarden Euro, die andere sogar in Höhe von über 3 Milliarden Euro –, wenn pro Kopf der Bevölkerung eine Energiesparprämie von 50 Euro bzw. eine sogenannte Geräteabsatzprämie von 250 Euro gefordert wird – der Bundeswirtschaftsminister kann sich eine sogenannte Kühlschranksprämie in Höhe von 150 Euro pro Gerät als Zuschuss sehr gut vorstellen; Minister Tiefensee packt noch einen drauf und möchte eine steuerliche Vergünstigung für sogenannte Ökoautos –, dann kann ich nur sagen: Das alles sind populistische Maßnahmen, die viele Mitnahmeeffekte auslösen, die die breite Bevölkerung, die eine Entlastung nötig hätte, aber nicht treffen. Insofern sind diese Maßnahmen ungeeignet.

(Beifall bei der FDP)

Lieber Herr Kollege Pfeiffer, das Folgende betrifft Sie, die Vertreter der Regierungskoalition und die Bundesregierung:

Sie haben auch heute keinen Vorschlag eingebracht, der geeignet wäre, die hohen Steuern und Abgaben auf Strom – die Belastungen liegen bei 40 Prozent – zu senken. Sie gehen immer vom Status quo aus und sagen: Da machen wir Schluss; das ist unsere Deckelung.

– Wir hingegen möchten von diesen hohen Steuern und Abgaben herunterkommen. Wenn man genau hinschaut, stellt man fest, dass die von der Linken geforderten Sozialtarife höchst unsozial sind.

(Lachen bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie treffen nämlich nicht die Durchschnittsverdiener. Das Durchschnittseinkommen in Deutschland liegt bei rund 3 100 Euro brutto pro Kopf und Monat. Diese Menschen werden doppelt belastet: Als Arbeitnehmer zahlen sie Steuern und müssen darüber hinaus auch noch die Lasten durch Sozialtarife und andere Sondertatbestände schultern. Ferner schwächen Sie die kleineren Stromanbieter am Markt, beispielsweise die Stadtwerke. Rund die Hälfte aller Strom- und Energiebezieher sind immer noch Kunden von Stadtwerken. Genau diese Anbieter schwächen Sie und stärken die Oligopolisten am Markt. Das kann nicht sein; das ist nicht FDP-Politik, weil das nicht zielführend ist.

(Beifall bei der FDP – Bärbel Höhn [BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN]: Das hätte uns auch gewundert! – Ulrich Kelber [SPD]: Aber bei den Atomreaktoren wollen Sie das Oligopol stärken!)

– Ja, lieber Kollege Kelber, auch der breite Energiemix gehört dazu. Vor allen Dingen gehört dazu – das sage ich ganz deutlich an Ihre Adresse –, dass wir die Scheuklappen abnehmen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Dann fangen Sie doch einmal an! Die sind bei Ihnen doppelt vorhanden!)

– Ich sage: Wir brauchen einen breiten Energiemix. Wir müssen der Gefahr einer Stromlücke, die auf uns zukommen kann, begegnen. Wir können die Stromversorgung in Deutschland nicht ohne die Nutzung von Kernkraftwerken und Kohle gewährleisten. Das ist nun einmal nicht möglich, ob Sie das nun toll finden oder nicht.

(Beifall bei der FDP – Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und Sie reden von Ideologie! Sie sind doch voll von Ideologie!)

Die FDP hat in den Deutschen Bundestag einen Antrag zur Reduzierung der Mehrwertsteuer von 19 auf 7 Prozent eingebracht. Das wäre ein gangbarer Weg, von dem alle profitieren würden. Es gäbe keine Ausnahmetatbestände, keine Bevorzugung bestimmter Bevölkerungsgruppen und keine Benachteiligung anderer. Vielmehr hätten wir mit Blick auf die Grundversorgung eine Basis, auf der man agieren könnte. Also: Mehrwertsteuerreduzierung.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Sie selbst erhöht haben während Ihrer Regierungszeit!)

– Ich erinnere daran, dass die jetzige Bundesregierung eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte vollzogen hat, liebe Kollegin Höhn. Auch Sie werden sich sicher noch daran erinnern.

(Beifall bei der FDP)

Auch die Grünen haben ihren Anteil an den hohen Subventionen und an den milliardenschweren Belastungen der Bürger, insbesondere der Stromkunden. Seien Sie also ganz friedlich!

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig! – Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gibt keine Regierungspartei, die die Mehrwertsteuer so stark erhöht hat wie Sie!)

Ferner fordere ich insbesondere die Union, deren Vertreter hier eben noch einmal dargestellt hat, wie wichtig der Emissionshandel und die Einnahmen daraus sind, auf die Dinge auch tatsächlich umzusetzen.

(Beifall des Abg. Andreas G. Lämmel [CDU/CSU])

In diesem Jahr starten wir in Deutschland mit einer Versteigerung von knapp 10 Prozent der CO₂-Zertifikate. Die Einnahmen in Höhe von rund 900 Millionen Euro brutto müssen an die Stromkunden zurückgegeben und dürfen nicht in einzelne Förderprojekte gesteckt werden.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Andreas G. Lämmel [CDU/CSU])

Wir halten den Emissionshandel für das geeignete Klimaschutz- und Ressourcenschutzzinstrument, das es möglich macht, dass alle anderen Parallelinstrumente entfallen. Wir wünschen uns, dass es hier endlich Klarheit gibt.

Folgende Punkte sind für die FDP wichtig:

Erstens. Wir machen nicht dabei mit, dass die Einnahmen aus dem Emissionshandel, die immer weiter steigen und ab 2013 wahrscheinlich in zweistelliger Milliardenhöhe liegen, nicht an die Energiekunden zurückgegeben werden. Wir wollen eine Rückschleusung und wollen die Bürger entlasten. Zweitens. Wir möchten, dass auf EU-Ebene und in Deutschland Klarheit darüber besteht, was mit den stromintensiven Industrien passieren soll. Wenn im Umweltausschuss des Europa-Parlaments und in der EU-Kommission beschlossen wurde, sich erst nach dem Jahr 2011 zu entscheiden, dann muss ich sagen: Das ist das Gegenteil von verlässlicher Politik. Ich fordere die Bundesregierung auf, auf der europäischen Ebene Klarheit zu schaffen. Wir brauchen vor dem Jahr 2011 für unsere Wirtschaft die klare Ansage, was energieintensive Industrien, die ja im internationalen Wettbewerb stehen, mit ihren 600 000 Arbeitsplätzen in Deutschland erwartet. Wir möchten nicht, dass aus Deutschland Industrien abwandern, mit der Folge, dass die Emissionen in Nachbarländern entstehen und nicht abgebaut werden.

(Beifall bei der FDP)

Drittens. Wir wünschen uns – das haben wir bereits klargemacht –, dass die Bundesregierung endlich eine Netz AG, wie wir sie bereits vorgeschlagen haben, einrichtet.

Widersetzen Sie sich nicht länger einer Trennung von Vertrieb und Netz beim Strom, sondern lassen Sie uns die Netz AG, in die alle vier großen Netzbetreiber ihre Netze einbringen, gemeinsam angehen, damit wir auch in diesem Bereich zu mehr Wettbewerb und zu einem besseren Ausbau von Netzen kommen! Wir wollen bei dieser Gelegenheit die vier Regelzonen, die es derzeit noch in Deutschland gibt, zu einer Regelzone zusammenfassen und so die Effizienz erhöhen und dabei Kosten sparen. Viertens. Wir wollen den Wettbewerb auf den Gasmärkten stärken. Auch da haben wir große Defizite. Hier muss dringend etwas geschehen. Wir wollen, dass Gas vollständig an der Börse gehandelt werden kann. Auch da tut die Bundesregierung im Moment nichts, jedenfalls nicht so, dass man irgendetwas bemerken könnte. Wir wünschen uns auf jeden Fall mehr Transparenz an der Börse, nämlich in Form einer Marktbeobachtungsstelle, damit mögliche Manipulationen bereits beim Handel aufgedeckt und eliminiert werden können.

Ich möchte zum Schluss noch auf eine weitere Entwicklung zu sprechen kommen. Neben der Energiepreissteigerung, über die wir hier heute Morgen diskutieren, ist ganz wichtig, zu fragen: Was folgt eigentlich realpolitisch aus dieser Finanzmarktkrise? Natürlich trägt sie stark zur Verunsicherung der Bevölkerung bei. Der klassische Fall einer Enteignung gerade des kleinen Mannes, der kleinen Frau im Land ist natürlich der Preisauftrieb. Wir sollten daher die Inflationsrate im Auge behalten. Ich mache mir Sorgen, wenn ich sehe, dass der Anstieg der Verbraucherpreise in 2007 und 2008 im Schnitt bei 2,8 Prozent liegt; das ergibt sich aus dem Herbstgutachten. Es wird geschätzt, dass der Preisauftrieb im nächsten Jahr bei in etwa 2,3 bis 2 Prozent liegen wird. Wenn es eine solche Inflationsrate – keiner kann das heute verlässlich vorhersagen – geben oder wenn sie sogar noch steigen sollte, dann würde das eine weitere Schwächung der Menschen bedeuten, die ein geringes oder ein mittleres Einkommen haben. Das muss uns Sorge bereiten. Denn wir haben es mit einer Wirtschaftsflaute zu tun – im nächsten Jahr werden wir das noch mehr spüren –, wahrscheinlich mit einem Arbeitsplatzabbau und mit einer sinkenden Nachfrage. Auch an der Stelle werden wir merken, dass es den Bürgern angesichts aller notwendigen Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, um Energieeffizienz und Energieeinsparung zu befördern, immer schwerer fällt, gerade ihren täglichen Bedarf, auch den Energiebedarf, zu finanzieren. Es gibt aber eine Grenze. Von daher kann ich heute Morgen nur noch einmal mahnen: Wir müssen die Bürger entlasten, damit sie für das, was im nächsten und im darauffolgenden Jahr wahrscheinlich auf uns alle zu-

kommen wird, gewappnet sind. Daher ist es notwendig, die von mir genannten Maßnahmen umzusetzen. Ich fordere die Bundesregierung auf, das zu tun und sich nicht immer auf Einzelmaßnahmen zu beschränken. Ich wünsche mir, dass auch Bundesminister Glos zu den realpolitischen Auswirkungen, die die Finanzmarktkrise in Deutschland, international und europaweit hat, Stellung nimmt. Das wäre am heutigen Morgen wichtig als Signal und als Orientierung für die Bürger draußen, damit sie wissen, was auf sie zukommt. Die Politik muss sich darauf einstellen und darf sich nicht ideologisch verhalten, sich in weiteren Subventionstatbeständen ergehen und die Bürger milliardenschwer belasten.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP)